



Düsseldorf, den 12. Juni 2024

Schulnotstand auch in Düsseldorf:

Lehrkräftemangel und hoher Stresslevel schwächen Unterrichtsqualität und machen krank

Das zu Ende gehende Schuljahr 2023/24 zeigt, dass die angespannte Situation in den Düsseldorfer Schulen im Vergleich zu den Vorjahren nicht besser geworden ist. Im Gegenteil:

Die Situation ist häufig zum Zerreißen angespannt – darauf weist das „Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch“ hin.

„Der Lehrkräftemangel, zu große Schulklassen, Raummangel und eine schleppende Digitalisierung prägen zunehmend den Alltag in den Schulen“, kritisiert Dr. Sylvia Burkert von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), „das führt zu einem äußerst hohen Stresslevel, steigenden Überlastungsanzeigen, einer hohen Krankheitsquote und schwächt damit die Unterrichtsqualität“. Es schieden mehr Lehrkräfte aus als neue eingestellt würden – und dass bei steigenden Schülerzahlen. Die Bezirksregierung Düsseldorf berichte von einer 90 bis 100prozentigen Stellenbesetzung. Das reiche aber nicht. Die Schulen bräuchten eine 110prozentige Besetzung, weil die Krankenquote der Lehrkräfte hoch sei und weiter steige. Dies sei an den Fällen zur Wiedereingliederung (BEM-Gespräche) deutlich zu erkennen. „Insbesondere die psychischen Erkrankungen haben zugenommen“, betont die Gewerkschafterin.

Die Qualität des Unterrichtes wird notgedrungen schlechter. Es gibt zu wenige sonderpädagogische Unterstützung in zu großen Schulklassen. Der Raummangel führt dazu, auch ungeeignete, zu kleine Räume als Klassenraum zu nutzen. Darüber hinaus führen immer mehr administrative Aufgaben sowie die nach wie vor mangelnde Digitalisierung zu Zusatzbelastungen der Lehrkräfte. So fehlt es an ausreichend IT-Ansprechpartner*innen sowie an Visualisierungstechnik in den Klassen. Die häufig zu alten IPADS sind zudem kaum eingebunden in die IT-Infrastruktur der Schulen und das WLAN fehlt häufig. Verschärfend wirkt, dass durch alltägliche Abordnungen von Lehrerinnen und Lehrern in noch schlechter versorgte Schulgebiete einerseits Lücken nur halbherzig geschlossen und andererseits bestehende Lücken vergrößert werden.

Der gravierende Lehrkräftemangel führt dazu, dass die Inklusion nicht wirklich gelingen kann. Hier werden viele Enttäuschungen bei den Betroffenen produziert, was insbesondere die Lehrkräfte in den Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen zunehmend belastet. Hinzu kommt, dass es für die Lehrkräfte kaum noch Wege zur Entlastung gibt. Der Weg in die Teilzeitarbeit ist blockiert, weil Teilzeit nur noch in sehr strengen Ausnahmefällen gebilligt wird. Weitere Belastungen entstehen durch zunehmende Gewalt gegen Lehrer*innen.

„Dieser Schulnotstand muss schnellstens abgestellt werden“, fordert Burkert, „wir brauchen dringend Entlastung für die Lehrkräfte, auch um den Beruf attraktiver zu machen, und mehr neue Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen.“ Zur Entlastung gehöre auch eine gut funktionierende Digitalisierung mit ausreichender IT-Unterstützung in den Schulen.

Raum- und Personalmangel gibt es auch im Offenen Ganztage (OGS), der pädagogischen Unterstützung nach dem Unterricht an den Schulen. Hier komme verschärfend hinzu, dass es für die Grundschulen ab dem Jahr 2026 bis 2029 stufenweise einen Rechtsanspruch für jede Schülerin und jeden Schüler auf einen OGS-Platz gibt. So müsse der derzeitige Versorgungsgrad von 86% auf 100% bis 2029 erhöht werden. Auf diese jährlich steigende Anzahl an OGS-Plätzen müsse sich die Stadt jetzt schnellsten vorbereiten. Dazu seien mindestens 850 zusätzliche pädagogische Fachkräfte bzw. Erzieher*innen erforderlich. Da der offene Ganztage aber jetzt schon unter Personalmangel und zu großen Gruppen leide, müssten im Prinzip mehr als 1.000 pädagogische Fachkräfte insgesamt bis 2029 eingestellt sowie zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Damit in allen Städten und Gemeinden eine gleich gute Qualität der pädagogischen Betreuung sichergestellt sei, brauche es ein Landesgesetz mit entsprechenden Qualitätsstandards, wie z.B. verbindlichen Mindestpersonalbemessungen, Öffnungszeiten, Fachkraft-Kind-Relation sowie Tarifbindung aller OGS-Träger.

„Ohne eine solche gesetzliche Regelung durch die Landesregierung droht der offene Ganztage eine reine Verwahranstalt zu bleiben“, betont Sigrid Wolf, die Regionsgeschäftsführerin des DGB Düsseldorf-Bergisch Land. „Wissen, Qualifikation und schulische Ausbildung sind ganz wesentliche Faktoren, die die Basis für gute Arbeitsverhältnisse und sicheren Lebensstandard und Wohlstand ausmachen. Daher muss für eine hohe Qualität alles getan werden.“

Die Investitionen in den Schulbereich inklusive Schulneubau hat die Stadt Düsseldorf in den vergangenen Jahren kräftig ausgeweitet. So betragen sie im laufenden Jahr 330 Mio. Euro, das ist mit einem Anteil von 45% aller Investitionen der größte Block. Allerdings sieht die mittelfristige Finanzplanung eine deutliche Absenkung dieser Investitionen auf durchschnittlich nur noch 183,8 Mio. Euro jährlich bis 2027 vor, ein Minus von jährlich 147 Mio. Euro oder 44%. „Angesichts des bestehenden Schulnotstands und der wachsenden zukünftigen Aufgaben sind diese sinkenden Ausgaben völlig unpassend“, kritisiert Uwe Foullong von der Gewerkschaft ver.di die geplante Haushaltspolitik.

Die Absicht der Mehrheit des Rates der Stadt sowie des Oberbürgermeisters, Einsparungen in den Haushaltsplanungen 2025 bis 2027 vorzunehmen, würden die Probleme im Bildungsbereich und anderer sozialer Bereiche verschärfen. Stattdessen sollten die Einnahmen deutlich durch eine gerechte Besteuerung von Reichen erhöht werden. „Wir brauchen eine wirksame Vermögens- und Erbschaftsteuer für Multimillionäre und Milliardäre“, fordert Foullong, „solange diese nicht existieren, sollte der Rat der Stadt die Gewerbesteuer erhöhen, um die Lebensverhältnisse in der Stadt zu verbessern“.